

## Vorwort



Foto: Svetlana Fitz

### Aber sicher doch!

Die auch 2021 wieder gestiegene Anzahl tätlicher Angriffe auf Journalisten und Journalisten sind kein schöner Anlass, den zum fünften Mal in Folge anlässlich des Landesverbandstags erscheinenden Newsletter dem Thema Sicherheit zu widmen.

Vor Kurzem sprach ich mit einer Unternehmerin, die völlig überrascht war, dass es in Deutschland für viele

Pressevertreter mittlerweile zum Alltag gehört beleidigt, bedroht oder gar körperlich angegriffen zu werden. Nachdem meine Gesprächspartnerin kurz durchgeatmet hatte, brachte sie ihren Dank für die unter diesen erschwerten Bedingungen täglich geleistete Arbeit zum Ausdruck. Stellvertretend nahm ich an und möchte ihn an dieser Stelle weiterreichen. In unserer Medienblase sind die Probleme bestens bekannt, aber wir sollten noch deutlicher als bisher öffentlichkeitswirksam darauf hinweisen. Schließlich ist eine freie Presse essentieller Baustein für jede Demokratie. Wie Journalistinnen und Journalisten so umfassend wie möglich geschützt werden können, zeigt Thomas Kaspar, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, für sein Medienhaus im Interview auf.

Bewusst haben wir uns entschieden, das Thema Sicherheit breiter auszulegen. Es gehört noch viel mehr als der Umgang

mit Hass, Bedrohungen und Gewalt dazu – wie beispielsweise der rechtssichere Umgang für freie Journalistinnen und Journalisten mit ihren Auftraggebern. Auf welche Stolperfallen beim Werkvertrag man achten sollte, warum Allgemeine Geschäftsbedingungen wichtig sind und vor allem, was sie unbedingt beinhalten sollten, erläutert Rechtsanwalt Friedrich Albrecht Lösener.

In den Lokalredaktionen landauf, landab treffen Termindruck und zeitlich wie personell begrenzte Ressourcen zu oft aufeinander. Besonders aufwendige Recherchen zu gesellschaftlich wichtigen Themen können dadurch unter die Räder geraten. Ein Ausweg kann die Kooperation mit dem gemeinnützigen Recherchenetzwerk Correctiv.Lokal sein, denn gemeinsam ist man mit Sicherheit immer stärker.

Jens Brehl

## INHALTSVERZEICHNIS

Interview mit FR-Chef- redakteur Thomas Kaspar	S. 1	Dröge, aber wertvoll: die Allgemeinen Geschäfts- bedingungen	S. 6	Rezension: „Die Jagd“ von Sasha Filipenko	S. 7
Recherchen auf mehrere Schultern verteilen	S. 4				

# „Das grenzt an Terror“

## Alle für einen: Wie die Frankfurter Rundschau mit Hass und Bedrohungen umgeht

Im jährlich von Reporter ohne Grenzen erstellten weltweiten Ranking der Pressefreiheit ist Deutschland um drei Positionen auf Platz 16 von 180 abgerutscht und setzt damit seinen Abwärtstrend fort. Ein Hauptgrund ist die gestiegene Gewalt bei Demonstrationen, die Organisation zählte im vergangenen Jahr 80 Übergriffe auf Vertreter der Presse. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Das allgemeine Klima ist in Tei-

len der Gesellschaft medienfeindlicher geworden. Deswegen wurde 2021 der Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten ins Leben gerufen, um Standards im Umgang mit Hass, Bedrohungen und Gewalt zu definieren. Wie die Frankfurter Rundschau diesen umsetzt, erklärt Chefredakteur Thomas Kaspar.

**Warum war die Frankfurter Rundschau**

**– immerhin als einziges hessisches Medium – bereits ab Start des Schutzkodex mit dabei?**

Die Initiative ist auf uns zugekommen. Zuvor hatten wir uns mit Kolleginnen und Kollegen der taz ausgetauscht und festgestellt, dass wir im Wesentlichen bereits die Maßnahmen des Schutzkodex erfüllen. Dieser schreibt ohnehin nur fest, was in Qualitätsmedien Standard sein sollte. Für uns ging es

hauptsächlich darum, ein Zeichen zu setzen und auf die teils schwierige Situation von Journalistinnen und Journalisten aufmerksam zu machen.

Innerhalb der Mediengruppe Ippen, von der wir ein Teil sind und die nicht in Gänze dem Schutzkodex beigetreten ist, machen wir auf die Standards aufmerksam und fungieren bei Problemen als Anlaufstelle.

#### **Mit welcher Art von Angriffen sind Mitarbeitende in Ihrem Haus konfrontiert?**

Der allgemeine Hass auf Medien hat in den letzten Jahren zugenommen. Persönliche Angriffe gab es schon immer, aber durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation weiter verschärft. Seitdem die Impf-Frage im Raum steht, ist die Bedrohungslage vollkommen anders. Betroffen ist nicht mehr nur der Investigativ-Journalist, sondern auch Kolleginnen und Kollegen in den Lokalredaktionen – die teils davon überrascht und daher im ersten Moment etwas ratlos waren.

#### **Wie drückt sich das konkret aus?**

Auf einer sehr persönlichen Ebene gibt es beispielsweise Drohanrufe in der Nacht, in denen der Anrufer klar macht, die Wohnanschrift zu kennen und vielleicht noch Details aus dem privaten Umfeld des Journalisten, der Journalistin nennt. Das grenzt an Terror. Auf der anderen Seite werden die Kanäle in den Sozialen Medien überflutet. Das kommt stark von Seiten der impfskeptischen Szene. Aber auch seit dem Krieg in der Ukraine werden einzelne Kolleginnen und Kollegen persönlich verbal angegriffen. Teils war aufgrund der Anzahl der Kommentare und Nachrichten unser Community-Team nicht mehr in der Lage, dem Herr zu werden.

#### **Und in der redaktionellen Arbeit?**

Es kommt vor, dass eine Gruppe systematisch jeden Artikel zu einem bestimmten Thema prinzipiell infrage stellt, versucht dagegen vorzugehen, mit Klage droht und dergleichen. Ziel ist,

vorausgehend eine Schere im Kopf zu produzieren, damit über kritische Themen nicht mehr berichtet wird.

**Ein Redakteur erhält eine Hassmail, eine Redakteurin wird in den Sozialen Medien sexistisch beleidigt, ein Reporter bei einem Außeneinsatz bedroht oder gar tödlich angegriffen. In welcher Form leistet Ihr Medienhaus in solchen Fällen konkrete Hilfe?**

Wir haben eine Anlaufstelle in der Chefredaktion implementiert, um je nach Bedarf aktiv werden und auf alle Bereiche zugreifen zu können. Unserem von Stefan Stukenbrok geleitetem Community-Team können alle Hasskommentare und Postings in den Sozialen Medien gemeldet werden, welches die Betroffene anschließend betreut. Wir prüfen alle Drohungen umgehend durch unsere Justiziarin und unseren Justiziar auf strafrechtliche Belange und ob besondere Maßnahmen nötig sind. Die letzte Stufe ist die Kontaktaufnahme mit dem Staatsschutz, der die Betroffenen dann polizeilich betreut. Das war in unserem Haus in den letzten Jahren zwei Mal der Fall.

Eine Redakteurin wurde vor Jahren auf einer Demonstration tödlich angegriffen. Unsere Rechtsabteilung hat sie vertreten und alle Kosten übernommen. Das Verfahren zog sich in die Länge, war für uns am Ende aber erfolgreich.



„Der Hass auf Medien hat zugenommen“, beobachtet FR-Chefredakteur Thomas Kaspar.  
Foto: Marcus Schlaf

#### **Haben Sie auch schon persönliche Erfahrungen gemacht?**

Regelmäßig erhalte ich nachts Drohanrufe. Dann heißt es sein Leben danach ausrichten und das Verhalten ändern: keine anonymen Anrufe mehr entgegennehmen, skeptisch sein, wenn das Telefon um eine solche Uhrzeit klingelt. Früher bin ich davon ausgegangen, dass etwas passiert ist, eins meiner Kinder mich braucht oder Ähnliches. Trotzdem möchte ich meine Nummer nicht verbergen und mich nicht verstecken.

#### **Welche Hilfe nehmen Sie in Anspruch?**

Mein Leben lang habe ich Community-Teams betreut und Supervision dafür gemacht. Somit habe ich für mich Methoden entwickelt, um die Vorfälle mental zu verarbeiten. Wichtig ist auch, dass man sofort rechtlich einschreitet.

#### **Hat Ihr Medienhaus Vorfälle schon zur Anzeige gebracht – und mit welchem Ergebnis?**

Beleidigungen zeigen wir meist nicht

an, Bedrohungen hingegen schon. Wir haben bereits zahlreiche Vorfälle in den Sozialen Medien bei der Polizei in Bayern angezeigt, weil dort der Sitz des Verlagshauses ist, in dem unser Community-Team angesiedelt ist. In einem Fall hatte jemand eine Straftat angedroht und konnte von der Polizei ermittelt werden. Wie auch der Urheber, der dem Verlag eine DDoS-Attacke angekündigt hatte, um unsere Internetseite lahm zu legen. Beide Vorfälle zogen rechtliche Konsequenzen nach sich, die wir allerdings nicht kennen.

### **Fühlen Sie sich bei den Strafermittlern gut aufgehoben?**

Sowohl die bayerische wie die hessische Polizei hat ihre Teams verstärkt, so dass wir sehr schnell eine Rückmeldung erhalten und auch feste Ansprechpartner haben. Früher war das alles eher eine Black Box. In den meisten Fällen können allerdings die mutmaßlichen Straftäter nicht ausfindig gemacht werden.

### **Dann bringen Anzeigen häufig ja doch nichts.**

Auch wenn Ermittlungen eingestellt werden ist es wichtig, dass die Vorfälle bei der Polizei aktenkundig sind. Das ist hilfreich, wenn Betroffene die Auskünfte im Melderegister sperren lassen

möchten, um ihre private Anschrift zu verbergen. Das geht nicht ohne Weiteres und muss bedauerlicherweise immer wieder erneut beantragt werden.

### **Der Schutzkodex sieht auch vor, dass sich Medienunternehmen um professionelle psychologische Hilfe kümmern.**

Bisher wurde das in unserem Haus noch nicht in Anspruch genommen. Ippen Investigativ arbeitet mit einer Mentorin zusammen, auf die wir bei Bedarf zurückgreifen könnten.

### **Genießen Freie grundsätzlich den gleichen Schutz?**

Freie, die in unserem Auftrag investigativ recherchieren, betreuen wir bei Bedarf rechtlich und psychologisch und wir weisen sie explizit auf den Schutzkodex hin. Auch freie Lokaljournalistinnen und -journalisten können sich an uns wenden, und wir würden uns bei Problemen schützend vor sie stellen. Meines Wissens war das bisher noch nicht nötig.

### **Zu den meisten tätlichen Angriffen auf die Presse kommt es bei Demonstrationen von Querdenkern. Wie schützt die Frankfurter Rundschau in solchen Fällen ihre Mitarbeitenden und beauftragten Freie?**

Sie werden dort regelmäßig beschimpft,

aber darüber hinaus gab es bislang noch keine tätlichen Angriffe. Polizeischutz brauchten wir daher nicht, vielleicht ist die Querdenker-Szene in Frankfurt vergleichsweise gemäßigt.

### **In welchen Punkten sehen Sie in Ihrem Haus konkreten Bedarf, um Journalistinnen und Journalisten noch besser zu schützen?**

Problematisch sind vor allem langfristige Folgen. Pandemiebedingt wird derzeit die Kriegsberichterstattung von Kolleginnen und Kollegen auch im Homeoffice betreut. Wir merken, wie enorm belastend es ist, täglich mit grauenhaften Berichten und Bildern konfrontiert zu sein, die auch nach der Arbeitszeit im Kopf bleiben. Wenn man nicht zynisch ist, bewegt einem das doch sehr. Der direkte Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen fehlt.

Wir denken darüber nach, ob in solchen Fällen psychologische Betreuung oder eine Supervision nötig ist. Das ist derzeit bei allen mir bekannten Qualitätsmedien ein Thema. Bleibt die Frage, wie kleinere Mantelredaktionen damit umgehen und ob sie das überhaupt auf dem Radar haben.

**Die Fragen stellte Jens Brehl.**

## **Umfassender Schutz**

*Der 2021 verabschiedete Kodex zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten definiert Standards und Abläufe für Medienhäuser. So sind beispielsweise Ansprechpersonen für Betroffene von Hass, Bedrohungen und Gewalt zu benennen und die rechtliche wie psychologische Betreuung zu gewährleisten. Dabei wird auch festgelegt, dass die Medienhäuser die Kosten für umfassende Hilfen übernehmen.*

*Zum Start hatten sich dpa, taz, Zeit*

*und Zeit online, der Spiegel und die Frankfurter Rundschau angeschlossen. Später kamen die Südwestdeutsche Medien Holding, zu der auch die Süddeutsche Zeitung gehört, und die Funke Mediengruppe hinzu. Seit Februar dieses Jahres ist auch der Weser-Kurier mit an Bord.*

*Der Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten geht auf eine gemeinsame Initiative von Reporter ohne Grenzen, neue deutsche medienmacher\*innen,*

*dem Deutschen Journalisten-Verband, der Deutschen Journalistinnen und Journalisten Union und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zurück.*

*Unter [www.schutzkodex.de](http://www.schutzkodex.de) sind allgemeine Informationen zu finden, die konkreten Maßnahmen listet der DJV unter [https://www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/INFOS/20210415\\_Schutz\\_Kodex\\_Massnahmenkatalog.pdf](https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/INFOS/20210415_Schutz_Kodex_Massnahmenkatalog.pdf) auf.*

# Gemeinsame Sache

## Wie kollaborative Recherchen investigativen Journalismus im Lokalen ermöglichen – Ein Erfahrungsbericht

Hinter Veröffentlichungen wie den Panama Papers stecken zeit- und kosten-aufwendige investigative Recherchen, die aufgrund der Datenmenge und Komplexität vermehrt in Verbänden geleistet werden. Es muss nicht gleich ein Bankenskandal sein. Auch der Lokaljournalismus kann – besonders mit hintergründigen Berichten – bei seinem Publikum besonders punkten. Problem: Oft fehlen in (ausgedünnten) Redaktionen personelle wie zeitliche Ressourcen für langwierige und in der Recherche aufwendige Sonderprojekte. Eine Lösung: gemeinsame Sache mit Correctiv.Lokal machen.

Als Deutschlands erstes stiftungs-finanziertes und gemeinnütziges Recherchenetzwerk hatte Correctiv 2014 seine Arbeit aufgenommen, um investigativen Journalismus zu ermöglichen – besonders im Lokalen. „Im Laufe der Zeit haben wir uns aber auf die großen nationalen Themen konzentriert“, erklärte Jonathan Sachse, Correctiv-Gründungsmitglied und Leiter von Correctiv.Lokal, Ende Mai auf einer Tagung in Bautzen im Rahmen der DJV-Veranstaltungsreihe „Journalismus im Hinterland“.

### Schweigen weckt Interesse

So war es 2018 ein folgerichtiger Schritt, gemeinsam mit der Rudolf Augstein Stiftung den Ableger Correctiv.Lokal ins Leben zu rufen, um das ursprüngliche Ziel wieder in den Fokus zu rücken. Dort entstand im September letzten Jahres die Idee zu einer aufwendigen kollaborativen Recherche über die kritische medizinische Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen. Nach eigenen Angaben haben sich bundesweit über 100 Journalistinnen und Journalisten beteiligt.



Jonathan Sachse (links) und Jens Brehl berichteten auf der DJV-Veranstaltung in Bautzen von ihren gemeinsamen Recherchen.  
Foto: Dr. Bernd Seydel

In Hessen sollte ich im Online-Medium Fuldainfo.de einen ausführlichen Beitrag veröffentlichen – obwohl das zunächst gar nicht geplant war. Stets interessiert Kontakte zu knüpfen, meldete ich mich beim Correctiv.Lokal-Netzwerk an, um an Workshops teilzunehmen und mich vor allem mit Kolleginnen und Kollegen bundesweit via Slack austauschen zu können. Auf diesem Wege erfuhr ich von den Correctiv-Recherchen zum Themenkomplex Schwangerschaftsabbruch und dem einstündigen Online-Kick-Off-Meeting Ende Oktober letzten Jahres. Mehr aus Neugierde als dem festen Ziel, mich an den Recherchen zu beteiligen klinkte ich mich ein.

Zuvor hatte das Projektteam über die eigene Plattform CrowdNewsroom eine Umfrage gestartet. Ausgewertet wurden die Antworten von 1297 Frauen, die nach eigenen Angaben seit 2006 mindestens einen Schwangerschaftsabbruch haben durchführen lassen. So erfuhr ich von Missständen wie mangelhafter Beratung, unpassendem Verhalten

des medizinischen Personals und mehr. Die Probleme sind im gesamten Bundesgebiet anzutreffen. Einzelne Frauen hatten sich bereit erklärt, mit Journalistinnen und Journalisten vor Ort zu sprechen, wobei Correctiv.Lokal auf Wunsch die entsprechenden Kontakte vermittelte.

In Kooperation mit FragdenStaat hieß es nun im nächsten Recherche-Schritt Kliniken mit gynäkologischer Abteilung anzufragen, ob sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen, welche Methoden dafür eingesetzt werden und mehr. Da Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft der Presse gegenüber auskunftspflichtig sind, wurde sich auf diese konzentriert. Alle Antworten flossen in eine öffentlich zugängliche Datenbank ein. Die Anfragen sollten am besten Journalistinnen und Journalisten aus den jeweiligen Regionen übernehmen, da sie vor Ort bekannt und besser vernetzt sind.

Am Ende wurden 309 Einrichtungen kontaktiert, ich übernahm das Klinikum Fulda. So würde ich zumindest einen

kleinen Beitrag leisten, denn der Zeitaufwand war überschaubar. Mit wenigen Mausklicks war die in weiten Teilen vorformulierte Anfrage erstellt und abgeschickt. Darauf folgte wochenlanges Schweigen der Pressesprecherin. Sie reagierte weder auf weitere E-Mails, noch war sie telefonisch erreichbar.

Erst ein Anruf mit unterdrückter Nummer war – Welch ein Zufall – dann doch erfolgreich. Meine Anfrage hatte ich am 24. November gestellt und aufgrund beständigem Nachhaken knapp zwei Monate später doch noch eine Antwort erhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits recherchiert, dass seit vielen Jahren im Landkreis Fulda keine Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden – außer es gibt medizinische Gründe, wenn beispielsweise das Leben der werdenden Mutter in Gefahr ist.

Das Klinikum hätte den Fragebogen demnach in kurzer Zeit durcharbeiten können, weil es viele Fragen mit einem einfachen Nein beantworten kann. Das lange Schweigen weckte allerdings meine Neugier und es reizte mich, dieses heikle Thema im in weiten Teilen katholisch-konservativen Landkreis Fulda zu beleuchten.

### Gegenseitiger Nutzen

Ein kurzes Telefonat genügte, um Fuldainfo.de-Herausgeber Norbert Hettler vom Thema zu überzeugen.

## Schwangerschaftsabbruch mit Hindernissen

DURCHWACHSENE VERSORGUNGS-LAGE IN ÖFFENTLICHEN KLINIKEN

3. März 2022



Seit etlichen Jahren sind im Landkreis Fulda Schwangerschaftsabbrüche mangels Angebot unmöglich. Der politische Wille, dies zu ändern, ist zwiespältig. Es sei eben nicht wie im Film, dass sich jede Frau über eine Schwangerschaft freue. Finanzielle oder berufliche Sorgen, eine abgeschlossene Familienplanung oder psychische Erkrankungen sind einige von vielen Gründen, warum Zweifel aufkommen können, wie Anne Heide von der Beratungsstelle Pro Familia in Fulda anführt. Sollten Paare dann nicht besser aufpassen? Keine Verhütungsmethode ist vollkommen sicher.

Screenshot: Jens Brehl

Die Vorteile lagen auf der Hand. Die gemeinsam recherchierten bundesweiten

Daten und Hintergründe werten unseren Beitrag massiv auf. Zudem würden

## Die Recherche-Resultate

Am Stichtag 3. März veröffentlichte Fuldainfo.de meinen Beitrag „Schwangerschaftsabbruch mit Hindernissen“. Im Fokus des Beitrags stehen vor allem die Sichtweisen von lokalen Politikerinnen und Politikern. Während manche eine Versorgungslücke bemängeln, sehen andere keinen Anlass etwas zu ändern. <https://www.fuldainfo.de/schwangerschaftsabbruch-mit-hindernissen/>

Wie schlecht die Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen

bundesweit ist, zeigt die durch Correctiv.Lokal angestoßene Recherche. Hier findet man in einer Übersichtskarte die weiteren regionalen Veröffentlichungen und vieles mehr. <https://correctiv.org/schwerpunkte/schwangerschaftsabbruch/>

Von der Idee bis zur Veröffentlichung: die freie Journalistin Helma Nehrlich liefert Hintergründe über das bislang aufwendigste Projekt von Correctiv.

Lokal. <https://mmm.verdi.de/beruff/der-countdown-laeuft-79977>

Eine eigene Recherche starten und die Leserschaft einbinden ist im CrowdNewsroom möglich. <https://correctiv.org/crowdnewsroom/>

Neugierig geworden? Teil von Correctiv.Lokal werden und spannende Ideen und Projekte entdecken: <https://correctiv.org/lokal/>.

alle beteiligten Medien am Stichtag ihre Beiträge veröffentlichen, was wiederum bundesweit Aufmerksamkeit erregt, welche Correctiv.Lokal mit seiner Kampagne zusätzlich befeuert. Ich freute mich über die Vorrecherche zu dem rechtlich komplexen Thema und den Informationsaustausch bei Detailfragen. Für mich als klassischer Einzelkämpfer ein echter Luxus.

Doch nicht nur das Klinikum Fulda mauerte, sondern ein Krankenhaus verweigerte beispielsweise mit dem Hinweis auf Geschäftsgeheimnisse eine Antwort. Weil das absurd ist, lieferte Correctiv.Lokal dem recherchierenden Kollegen entsprechende Argumente. Alle Informationen fasste ein ausführliches „Rezept“ zusammen – inklusive Ideen für ein weiteres Vorgehen vor Ort. All dies bedeutete eine enorme Zeitersparnis.

Öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Tageszeitungen machen es seit Jahren vor, wie effektiv Rechercheverbände sind und vor allem, welche ausgefeilte Berichterstattung in vielen Fällen dadurch erst ermöglicht wird. Auch Lokalmedien können beispielsweise unter dem Dach von Correctiv.Lokal extrem von Kooperationen profitieren.

Jens Brehl

## Nicht gleich beim ersten Date

**Langatmig, aber maßgeblich: die Allgemeinen Geschäftsbedingungen – Erkenntnisse aus dem Online-seminar „Vertragsrecht für Journalisten“**

Er hat „Ja“ gesagt! Der Auftraggeber ist vom vorgeschlagenen Thema begeistert, das Projekt kann beginnen. Rechtsanwalt Friedrich Albrecht Lösener hat durchaus Verständnis, wenn freie Journalistinnen und Journalisten sich voller Tatendrang in ihre Arbeit stürzen – vor allem, wenn sie dabei einer neuen Redaktion ihr Können unter Beweis stellen möchten. Der rechtliche Rahmen für die Zusammenarbeit gerät dann mitunter in den Hintergrund.

„Wer redet beim ersten Date schon gleich von einem Ehevertrag? Das ist doch unromantisch.“ In harmonischen Zeiten braucht es vielleicht keinen ausgefeilten Werkvertrag oder seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB). Der Ärger beginnt jedoch im Nachhinein, wenn Modalitäten nicht eindeutig geregelt sind. „Hinter den meisten Konflikten stecken keine Bösarbeiten, sondern Missverständnisse.“ Und wie die sich vermeiden lassen, erklärte Lösener in seinem Online-seminar „Vertragsrecht für Journalisten“.

### Vertragsinhalte fixieren

In der Praxis schlägt man einer Redaktion ein Thema vor, es gehen ein paar E-Mails hin und her, vielleicht wird zwischendurch telefoniert. Die Idee wächst und gedeiht. Gibt es dann seitens des

Auftraggebers schließlich grünes Licht, ist ein rechtsverbindlicher Vertrag zustande gekommen. Doch sind sich beide Seiten wirklich vollständig über die Details einig? „Man tut sich selbst einen großen Gefallen, am Ende der Verhandlung alle konkreten Grundlagen des zu schließenden Werkvertrags wie Inhalt, Liefertermin und Honorar in einem konkreten Angebot zusammenzufassen.“

Stimmt der Auftraggeber dieser Zusammenfassung zu, sind die Bedingungen für beide Seiten klar, und keine Partei kann hinterher ohne weiteres einzelne Punkte der Absprache ändern. Am besten befristet man das Angebot auch zeitlich mit dem Hinweis „freibleibend bis“ zu einem bestimmten Datum. Nimmt der Auftraggeber verspätet an, obliegt es der Journalistin/des Journalisten, ob man den Auftrag noch zu den ursprünglichen Konditionen ausführen möchte. Wenn ja, muss dafür kein neues Angebot erstellt werden, sondern die verspätete Annahme des Auftraggebers nur kurz bestätigt werden. Der Werkvertrag tritt in Kraft.

### Besondere Sorgfalt im Werkvertrag

Anders als bei einem Dienstvertrag wird bei einem Werkvertrag ein konkretes Arbeitsergebnis zugesichert. Daher ist hier besondere Sorgfalt über den ge-



Missverständnisse vor der Übernahme eines Rechercheauftrags ausräumen, dazu rät Rechtsanwalt Friedrich Albrecht Lösener.

Foto: Inga Sommer Photographie, Hamburg

nauen Inhalt geboten. Im Seminar schilderte eine freie Fernsehjournalistin, im Auftrag eines öffentlich-rechtlichen Senders an einem redaktionellen Filmbeitrag zu arbeiten. Der Auftraggeber hat im Treatment genaue Vorgaben gemacht, was die Protagonisten in den Interviews sagen sollen. Im Grunde ist es damit mehr Drehbuch als Recherche. Nun sei der Auftraggeber unzufrieden, da die Zitatgeber frei gesprochen und sich folglich anders ausgedrückt haben. Im schlimmsten Fall kann der Auftrag-

geber zunächst Nachbesserungen verlangen und nach Fristablauf auch vom Vertrag zurücktreten und die Mehrkosten dem Auftragnehmer als Schaden in Rechnung stellen.

Doch die Fernsehjournalistin könnte laut Lösener eine ergänzende Vertragsauslegung retten. Man könne mit guter Argumentation vertreten, dass der geschuldete Beitrag vertragsgemäß erbracht wurde und wortgetreue Antworten von einem unabhängigen Interviewpartner nie erwartet werden dürfen. Wenn man hier dennoch an dem Wortlaut der geschlossenen Vereinbarung festhielte, wäre der Beitrag in der Form schlicht unmöglich zu erbringen und dementsprechend auch nicht geschuldet. Der Vertrag wäre dann zwar wirksam, aber das Honorar um den um die unmögliche Leistungspflicht entfallenden Anteil zu kürzen.

### Nutzungsrechte definieren

AGB sind vorformulierte Vertragsinhalte, die stetig zum Tragen kommen. Mit ihnen lässt sich beispielsweise regeln, für welchen Zweck Nutzungsrechte gewährt werden. „Die Haftung für Sach- oder Vermögensschäden lassen sich bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nicht ausschließen – allerdings bei leichter und mittlerer Fahrlässigkeit“, rät Lösener. Die Paragraphen 308 und 309 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zählen wei-

tere Klauselverbote auf. Faustregel: „Je mehr von der gesetzlichen Grundlage abgewichen wird, umso wahrscheinlicher ist eine Klausel unwirksam.“

Die gute Nachricht: Auch wenn einzelne Passagen nicht zulässig sind, bleiben die restlichen AGB davon unberührt. Doch was gilt, wenn sich die AGB von Auftraggeber und Auftragnehmer in Teilen widersprechen? „Sich widersprechende beziehungsweise wechselseitig ausschließende AGB stellen einen offenen Einigungsmangel dar“, formuliert es der Jurist. „Dennoch wird ein Vertrag mit sich widersprechenden AGB wirksam, wenn das weitere Verhalten der Vertragsparteien zeigt, dass ein Vertragsschluss trotz AGB-Kollision gewollt war. Dann gilt das individualvertraglich vereinbarte mitsamt der sich nicht widersprechenden AGB. Lediglich die sich widersprechenden AGB-Klauseln sind unwirksam.“

Bei Verträgen mit Privatkundschaft muss diese den Erhalt der AGB und das Einverständnis mit den Klauseln aktiv bestätigen – beispielsweise via Häkchen im Onlineshop. Ganz anders sieht es auf der rein gewerblichen Ebene aus, auf der sich Auftraggeber und Journalistinnen und Journalisten bewegen. Hier reicht die Möglichkeit zur Kenntnisnahme bereits aus, damit die AGB automatisch Vertragsinhalt werden. In der Praxis kann dies ein Link in der E-Mail-Signatur auf die eigene Internetseite mit den dort aufgeführten Klauseln sein. „Sicherer und

damit empfehlenswerter ist es, dem Angebotsschreiber die AGB beizufügen.“

### Wann das Honorar fällig ist

Ist die gelieferte Arbeit abgenommen ist auch das Honorar mit dem jeweils vereinbarten Zahlungsziel fällig – und nicht erst bei Veröffentlichung. Unverrückbar schreibt das Urhebergesetz ein angemessenes Honorar vor. Lösener präsentierte einen Fall eines freien Journalisten aus dem Jahr 2015, der gegen den Bonner General-Anzeiger klagte. Pro Zeile erhielt er 0,21 Cent und pro Foto 20,45 Euro als Honorar. Zu niedrig entschieden die Gerichte in mehreren Instanzen, am Ende musste der Verlag 18.807,08 Euro nachzahlen.

Zwar haben Tageszeitungsverlage die Gemeinsamen Vergütungsregeln aufgekündigt, dennoch wurden sie im Februar 2020 vom Landgericht Nürnberg-Fürth zur Definition eines angemessenen Honorars herangezogen. Also niedrige Honorare akzeptieren und nachher klagen? Theoretisch machbar, aber nicht empfohlen.

Jens Brehl

## Noch Fragen?

Der DJV Hessen steht seinen Mitgliedern kostenfrei mit Rat und Tat zur Seite und hält auch Muster-AGB bereit.

# „Wir müssen seine Gedanken zu einem einzigen Ragout verkochen“

**Rezension:** „Die Jagd“ von Sasha Filipenko – Wie ein unbequemer Journalist mitsamt seiner Familie blankem Psychoterror ausgesetzt wird

Der Journalist Lew Smyslow ist der perfekte Troll: kreativ, empfindet Freude an seinem Tun, ist ein helles Köpfchen – und möchte sich vor allem seinen Weg zurück in Russlands Oberschicht bahnen. Der Armut seiner Kindheit war

er durch Fleiß, aber vor allem durch das Wissen sich anpassen zu müssen entkommen. Die Heirat mit der Tochter des Herausgebers einer Sportzeitung war ein kluger Schachzug, sicherte sie Smyslow zunächst den Posten

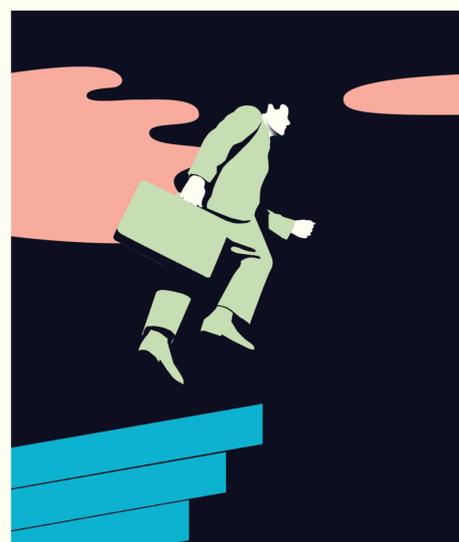
des gut bezahlten Chefredakteurs mit dickem Spesenkonto.

Doch der abgehobene Lebensstil brachte ihn schnell wieder zu Fall. Da kommt das Angebot als Problemlöser

für mächtige regierungsnahe Hintermänner in der russischen Gesellschaft zu fungieren wie gerufen. In den Sozialen Medien diskreditiert er fortan Andersdenkende, lässt einer Menschenrechtsaktivisten als Warnschuss einen Beerdigungskranz vor die Tür legen, sabotiert eine Theateraufführung und inszeniert einen Angriff auf einen regierungstreuen Abgeordneten.

Das nächste Ziel ist der russische Journalist Anton Quint, der mit seinen Enthüllungen immer wieder Oligarchen auf die Füße tritt. Bei seiner Zeitung haben bereits vier seiner Arbeitskollegen ihren Mut mit dem Tod bezahlt. So bittet seine Frau den frisch gebackenen Vater Quint sich zum Wohle der Familie anderen Themen zuzuwenden und vor allem keinen Ärger mehr zu produzieren. Doch der Journalist bleibt stur. Natürlich wäre es deutlich leichter und vor allem billiger, auch diesen Störenfried zu töten. Doch Smyslows Auftraggeber schweben subtilere Methoden vor. Quint soll sich nicht einem Feind gegenüber sehen, sondern sich von allen Seiten angegriffen fühlen. Das Ziel: Er flieht aus eigenem Antrieb aus dem Land ohne je direkt bedroht worden zu sein.

So beginnt ein bis ins kleinste Detail ausgefeilter Psychoterror, der der jun-



## Sasha Filipenko *Die Jagd*

Roman · Diogenes

gen Familie im wahrsten Sinne des Wortes keine ruhige Minute mehr gönnt. Verleumderische Falschberichte in den Medien kratzen an Quints Ruf als Journalist und ziehen seinen Namen durch den Dreck. Auch nicht geschmierte Sendeanstalten und Zei-

tungen springen bald auf den Zug auf.

„Es gibt keine echten Nachrichten, nur Ereignisse, die in Auftrag gegeben werden. Wenn die einen anfangen, Druck zu machen, schließen sich die anderen sofort an. Es ist überhaupt nicht notwendig, sie dafür zu bezahlen. (...) Diese Typen machen alles absolut kostenlos, weil sie weiterkommen wollen und auf Zuwendung hoffen“, erklärt Smyslow. Woche um Woche ziehen er und seine Mitstreiter die Daumenschrauben immer enger; bis zum erschütternden und in der Form nicht geplanten Ende.

Bereits 2016 veröffentlichte der belarussische Schriftsteller Sasha Filipenko seinen Roman, der diesen Februar im Diogenes Verlag unter dem Titel „Die Jagd“ auf deutsch erschienen ist. Das Werk ist von Anfang bis Ende ein erhobener moralischer Zeigefinger und eine Anklage an das moderne Russland. Spätestens seit Putins Angriffskrieg in der Ukraine ist die Pressefreiheit

dort nahezu gänzlich abgeschafft. Mit diesem Wissen im Hinterkopf, schnürt die Lektüre an vielen Stellen den Leserinnen und Lesern den Hals noch ein Stück stärker zu.

Jens Brehl

Einen  
coolen Sommer  
wünscht  
der DJV.

Foto: ala



### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** DJV –  
Deutscher Journalisten-Verband,  
Landesverband Hessen e. V. |  
Rheinbahnstraße 3 | 65185 Wiesbaden

**V.i.S.d.P.:** Knud Zilian  
**Redaktion:** Andreas Lang (ala)